

Bargeld fließt zur Clinton-Stiftung nach russischem Uran-Abkommen

VON JO BECKER und MIKE McINTIRE 23. APRIL 2015

The New York Times

Artikel unter:

<https://www.nytimes.com/2015/04/24/us/cash-flowed-to-clinton-foundation-as-russians-pressed-for-control-of-uranium-company.html>

Deutsche Übersetzung:

Die Schlagzeile auf der Webseite der Prawda trommelte nach dem jüngsten Deal von Präsident Wladimir Putin in lauter, nationalistischer Inbrunst, die an eine Ära erinnerte, in der die Prawda das offizielle Sprachrohr des Kremls gewesen ist: „Russische Atomenergie erobert die Welt“.

In dem Artikel vom Januar 2013 wurde ausführlich beschrieben, wie die russische Atomenergiebehörde Rosatom ein kanadisches Unternehmen mit Uranminen aus Zentralasien im amerikanischen Westen übernommen hatte. Der Deal machte Rosatom zu einem der größten Uranproduzenten der Welt, und brachte Putin seinem Ziel näher, einen Großteil der globalen Uranlieferkette zu kontrollieren.

Aber die unerzählte Geschichte hinter dieser Geschichte ist eine, an der nicht nur der russische Präsident beteiligt ist, sondern auch ein ehemaliger amerikanischer Präsident und eine Frau, die gerne die nächste gewesen wäre.

Im Mittelpunkt der Geschichte stehen mehrere Männer, Führer der kanadischen Bergbauindustrie, die wichtige Spenden für wohltätige Zwecke des ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton und denen seiner Familie leisteten. Mitglieder dieser Gruppe bauten, finanzierten, und verkauften schließlich an die Russen eine Firma, die als Uranium One bekannt werden sollte.

Neben den Minen in Kasachstan, die zu den lukrativsten der Welt gehören, gab der Verkauf den Russen Kontrolle über ein-fünftel aller Uranproduktionskapazitäten der Vereinigten Staaten. Da Uran als strategisches Gut mit Implikationen für die nationale Sicherheit betrachtet wird, musste das Abkommen von einem Ausschuss genehmigt werden, der sich aus Vertretern einer Reihe von Regierungsbehörden der Vereinigten Staaten zusammensetzte. Zu diesen Behörden gehörte das State Department, das damals von Hillary Rodham Clinton geleitet wurde.

Als die Russen in drei getrennten Transaktionen von 2009 bis 2013 nach und nach die Kontrolle über Uranium One übernahmen, verzeichneten kanadische Banktransaktionen, dass Geldflüsse zur Clinton Foundation gelangten. Der Vorsitzende von Uranium One nutzte seine Familienstiftung, um vier Spenden in Höhe von insgesamt 2,35 Millionen Dollar zu tätigen. Diese Beträge wurden von den Clintons nicht öffentlich bekannt gegeben, trotz einer Vereinbarung, die Hillary Clinton mit dem Weißen Haus getroffen hatte, um alle Spender öffentlich zu identifizieren. Andere Personen, die mit dem Unternehmen verbunden waren, spendeten ebenfalls.

Und kurz nachdem die Russen ihre Absicht verkündeten, eine Mehrheitsbeteiligung an Uranium One zu erwerben, erhielt Bill Clinton 500.000 Dollar für eine Moskauer Rede von einer russischen Investmentbank mit Verbindungen zum Kreml, die Uranium One-Aktien weiterempfahl.

Zu dieser Zeit gaben sowohl Rosatom, als auch die Regierung der Vereinigten Staaten Versprechungen ab, die Sorgen über die Abtretung der Kontrolle über die Vermögenswerte des Unternehmens an die Russen beschwichtigen sollten. Diese Versprechen wurden wiederholt gebrochen, so belegen Nachweise.

Die Untersuchung der Uranium One-Transaktion durch die New York Times basiert auf dutzenden von Interviews, sowie einer Überprüfung der öffentlichen Aufzeichnungen und Wertpapiereinreichungen in Kanada, Russland, und den Vereinigten Staaten. Einige der Verbindungen zwischen Uranium One und der Clinton Foundation wurden von Peter Schweizer, einem ehemaligen Stipendiaten der Hoover Institution und Autor des in Kürze erscheinenden Buches „Clinton Cash“, aufgedeckt. Herr Schweizer gab eine Vorschau des Materials in dem Buch an die New York Times, die seine Informationen genau unter die Lupe nahm, und darauf mit eigenen Berichten aufbaute.

Ob die Spenden eine Rolle bei der Genehmigung des Uran-Deals gespielt haben, ist unbekannt. Aber die Episode unterstreicht die besonderen Herausforderungen der Clinton Foundation, angeführt von einem ehemaligen Präsidenten, der sich stark auf ausländische Barmittel verließ, um 250 Millionen Dollar an Vermögenswerten aufzubauen, während seine Frau die amerikanische Außenpolitik als Außenministerin leitete und über Entscheidungen bestimmte, welche Potenzial für die Spender der Stiftung hatten.

In einer Erklärung sagte Brian Fallon, ein Sprecher der Präsidentschaftskampagne von Frau Clinton, dass niemand „jemals eine Spur von Beweisen produziert hat, die die Theorie unterstützte, dass Hillary Clinton als Außenministerin jemals so gehandelt habe, um die Interessen der Spender der Clinton-Stiftung zu

unterstützen“. Er betonte, dass mehrere Behörden der Vereinigten Staaten sowie die kanadische Regierung den Deal unterzeichnet hätten, und dass solche Angelegenheiten im Allgemeinen unterhalb der Außenministerin angesiedelt wurden. „Das State Department unter der damaligen US-Außenministerin Clinton zu vertreten, hat einen besonderen Einfluss auf die Überprüfung des Verkaufs von Uranium One durch die US-Regierung ausgeübt“, fügte er hinzu.

Amerikanische politische Kampagnen dürfen keine ausländischen Spenden annehmen. Ausländer können jedoch Stiftungen in den Vereinigten Staaten begünstigen. In den Tagen, in denen Frau Clinton erstmals ihre Kandidatur als Kandidat für den US-Präsidenten ankündigte, hat die Clinton- Stiftung Änderungen bekannt gegeben, die dazu dienen sollen, Bedenken hinsichtlich potenzieller Interessenkonflikte bei solchen Spenden zu zerstreuen; es hat Spenden von ausländischen Regierungen gegeben, von denen viele, wie die aus Russland, lediglich für Gesundheitsinitiativen verwendet werden dürfen.

Diese Politik endete auch nicht nach einer strengeren Vereinbarung zwischen Frau Clinton und der Obama-Regierung, die während ihrer Amtszeit als Außenministerin galt.

Der Deal von Uranium One jedoch hob die Grenzen solcher Verbote auf. Die Stiftung wird weiterhin Beiträge von ausländischen Quellen akzeptieren, deren Interessen sich wie die von Uranium One mit denen ausländischer Regierungen überschneiden können, und von denen einige mit der Rechtsprechung der Vereinigten Staaten nicht konform sind.

Als der Deal mit Uranium One angenommen wurde, unterschied sich der geopolitische Hintergrund deutlich von dem heutigen. Die Obama-Regierung versuchte, die angespannten Beziehungen zu Russland wieder zu entschärfen. Der Deal war strategisch wichtig für Herrn Putin, der sich kurz nach Absegnung des Deals durch die Amerikaner zu einem inszenierten Interview mit Rosatom-Chef Sergej Kirijenko hinsetzte. „Wenige hätten sich in der Vergangenheit vorstellen können, dass wir jemals 20 Prozent der US-Reserven besitzen würden“, sagte Herr Kiriyenko zu Putin.

Dann aber, nach Russlands Annexion der Krim und den Aggressionen in der Ukraine, ging die Beziehung zwischen Moskau und Washington in Richtung des Kalten Krieges, ein Punkt, auf den mehrere Experten bei der Bewertung eines so vorteilhaften Deals für Putin hingewiesen haben für einen Mann, der Energiequellen nutzt, um seine Macht auf der gesamten Welt zu erhöhen. „Sollten wir besorgt sein ? Absolut“, so Michael McFaul, der unter Frau Clinton als amerikanischer Botschafter in Russland diente, der aber ebenso sagte, dass er den Uranium One

Deal nicht bemerkt hatte, bis er danach gefragt wurde. „Wollen wir, dass Putin ein Monopol dafür hat ? Natürlich nicht. Wir wollen in diesem Klima nicht von Putin abhängig sein.“

Ein Platz mit am Tisch

Der Weg zur russischen Übernahme amerikanischer Uranlagerstätten begann 2005 in Kasachstan, wo der kanadische Bergbaufinanzier Frank Giustra mit Bill Clinton an seiner Seite seinen ersten großen Uran-Deal orchestrierte. Die beiden Männer waren an Bord von Herrn Giustra's Privatjet nach Almaty in Kasachstan geflogen, wo sie mit dem autoritären Präsidenten Nursultan A. Nasarbajew speisten. Clinton präsentierte dem kasachischen Präsidenten einen Propagandaputsch, als er seine Unterstützung für den Vorschlag von Nasarbajew äußerte, eine internationale Wahlbeobachter-Gruppe zu leiten und die amerikanische Außenpolitik sowie die Kritik an Kasachstans schlechter Menschenrechtslage zu untergraben, unter anderem durch seine Frau und einen Senator.

Wenige Tage nach diesem Besuch unterzeichnete die junge Firma von Frank Giustra mit Namen UrAsia Energy Ltd. eine vorläufige Abmachung, die ihr Anteile in drei Uranminen gab, die von der staatlichen Uranagentur Kazatomprom kontrolliert wurden.

Obwohl der kasachische Deal ein großer Erfolg war, wartete UrAsia nicht lange, bis die Jagd nach mehr aufgenommen wurde. Im Jahr 2007 fusionierte das Unternehmen mit Uranium One, einem südafrikanischen Unternehmen mit Vermögenswerten in Afrika und Australien, was als eine Transaktion mit einem Volumen von 3,5 Milliarden Dollar beziffert wurde. Das neue Unternehmen, das den Namen Uranium One behielt, wurde von UrAsia-Investoren kontrolliert, darunter Ian Telfer, einem Kanadier, der den Vorsitz übernahm. Durch eine Sprecherin ließ Herr Giustra, dessen persönlicher Anteil an dem Deal auf etwa 45 Millionen US-Dollar geschätzt wurde, mitteilen, dass er seinen Anteil im Jahr 2007 verkaufte.

Bald schon begann Uranium One Unternehmen mit Vermögenswerten in den Vereinigten Staaten aufzukaufen. Im April 2007 gab Uranium One den Kauf einer Uranmine in Utah mit mehr als 9.500 Hektar Uranexplorationsgrundstücken in vier westlichen Staaten bekannt, gefolgt von einer Übernahme der Energy Metals Corporation und deren Uranbestände in Wyoming, Texas, sowie in Utah. Dieser Deal machte deutlich, dass Uranium One „ein Kraftpaket im Uransektor der USA ist, mit dem Potenzial, der heimische Lieferant der Wahl für US-Versorgungsunternehmen zu werden“, so erklärte das Unternehmen.

Ian Telfer war Vorsitzender von Uranium One und überwies hohe Spenden an die Clinton Foundation. Dennoch machte die Geschichte des Unternehmens in den USA kaum Schlagzeilen - bis Anfang 2008, mitten in der gescheiterten Präsidentschaftskampagne von Frau Clinton, als die New York Times einen Artikel veröffentlichte, der die Verbindung der Reise von 2005 zu Frank Giustras kasachischem Bergbaugeschäft verriet. Der Artikel berichtete auch darüber, dass Herr Giustra einige Monate später \$31,3 Millionen an die Stiftung von Herrn Clinton spendete.

(In einer Erklärung die veröffentlicht wurde, nachdem dieser Artikel online erschienen war, sagte Herr Giustra, er sei „extrem stolz“ auf seine wohltätige Arbeit mit Bill Clinton und drängte die Medien, sich auf Armut, Gesundheitsversorgung, und „die wirklichen Herausforderungen der Welt zu konzentrieren.“)

Obwohl der Artikel von 2008 den früheren Chef von Kazatomprom, Moukhtar Dzhakishev, zitierte, der sagte, dass der Deal der Zustimmung der Regierung bedurfte und bei einem Abendessen mit dem Präsidenten besprochen wurde, bestand Herr Giustra darauf, dass es sich um eine private Transaktion handelte, die auch ohne Bill Clinton's Einfluss zustande gekommen wäre und dessen Kontakte zu kasachischen Beamten. Er beschrieb seine Beziehung zu Bill Clinton als ausschließlich durch ein gemeinsames Interesse an Philanthropie motiviert.

Um dies zu unterstreichen, veranstaltete Herr Giustra fünf Monate später einen Spendenaufruf für die Clinton Giustra Sustainable Growth Initiative, ein Projekt zur Förderung fortschrittlicher Umwelt- und Arbeitspraktiken in der Rohstoffindustrie, zu dem er 100 Millionen Dollar zugesagt hatte. Die hochkarätige Gala fand in einem Konferenzzentrum in Toronto statt. Auf dem Programm standen Auftritte von Elton John und Shakira sowie von Prominenten wie Tom Cruise, John Travolta und Robby Williams, die zu Spenden der vielen so genannten FOF's - Friends of Frank - aufforderten, anwesend war u.A. auch Ian Telfer. Insgesamt wurden an diesem Abend laut einem Artikel in ‚The Globe and Mail‘ 16 Millionen US-Dollar Spendengelder zugesagt.

„Nichts davon wäre möglich gewesen, wenn Frank Giustra nicht eine bemerkenswerte Kombination von Fürsorge und Bescheidenheit, von Vision und Energie und eiserner Entschlossenheit hätte“, sagte Clinton den Versammelten und fügte hinzu: „Ich liebe diesen Kerl, und Sie sollten es auch.“

Doch den vielen Erfolgen folgten Rückschläge.

Festnahme und Fortschritt

Im Juni 2009, etwas mehr als ein Jahr nach dem mit Stars gespickten Abend in Toronto, fiel die Aktie von Uranium One im freien Fall um 40 Prozent. Herr Dzhakishev, der Chef von Kazatomprom, war gerade festgenommen worden, weil er illegal Uranvorkommen an ausländische Firmen verkauft hatte, darunter zumindest einige von denen, die von Frank Giustra's UrAsia übernommen wurden, und die nun im Besitz von Uranium One waren.

Öffentlich versuchte das Unternehmen die Aktionäre zu beruhigen. Der Generaldirektor Jean Nortier gab eine selbstbewusste Erklärung ab, die die Situation als „vollständiges Missverständnis“ bezeichnete. Er widersprach auch der Behauptung von Herrn Giustra, dass der Uran-Deal keine Absegnung der Regierung erfordert habe. „Wenn man eine Transaktion in Kasachstan macht, brauchst du die Genehmigung der Regierung“, sagte er und fügte hinzu, dass UrAsia tatsächlich diese Genehmigung erhalten habe.

Aber privat befürchteten Uranium One-Beamte, sie könnten ihre gemeinsamen Bergbauunternehmen verlieren. Die von WikiLeaks veröffentlichten US-amerikanischen diplomatischen Nachrichten-Austausche spiegeln die Besorgnis wieder, dass die Verhaftung von Herrn Dschakishev Teil eines russischen Machtspiels zur Kontrolle kasachischer Uran- Vermögenswerte war.

Zu der Zeit schielte Russland bereits auf eine Beteiligung an Uranium One, so belegen es Rosatom's Unternehmensunterlagen. Rosatom-Beamte sagten, sie wollten weltweit Minen erwerben, weil Russland keine ausreichenden inländischen Reserven habe, um die eigenen Bedürfnisse ihrer Industrie zu befriedigen. Vor diesem Hintergrund hat die in Vancouver ansässige Uranium One die amerikanische Botschaft in Kasachstan sowie kanadische Diplomaten dazu gedrängt, sich mit den kasachischen Regierungsbeamten zu befassen, so die Berichte aus Amerika.

„Wir wollen mehr als nur eine Presseerklärung“, sagte Paul Clarke, Executive Vice President von Uranium One, am 10. Juni gegenüber dem Energiebeauftragten der US-Botschaft in einem Telegramm. „Das ist einfach nur Geplapper“, was das Unternehmen brauchte, sagte Herr Clarke, sei eine offizielle schriftliche Bestätigung, dass die Lizenzen gültig seien.

Die amerikanische Botschaft unterrichtete schließlich die uS-Außenministerin, Frau Clinton. Obwohl das Clarke-Telegramm direkt an sie ging, wurde es weit verbreitet, und es ist unklar, ob sie es gelesen hat; die Clinton-Kampagne ging nicht näher auf Fragen zum Telegramm ein. Es ist jedoch ersichtlich, dass die Botschaft handelte,

belegt durch Telegramme, die zeigen, dass der Energiebeauftragte am 10. und 11. Juni mit kasachischen Beamten zusammenkam, um das Thema zu besprechen.

Drei Tage später schloss eine hundertprozentige Rosatom-Tochter einen Vertrag über den Erwerb von 17 Prozent Anteilen mit Uranium One ab. Und innerhalb eines Jahres erhöhte die russische Regierung den Anteil deutlich, indem sie den Aktionären ein großzügiges Angebot unterbreitete, der ihr einen Kontrollanteil von 51 Prozent einbringen würde. Aber zuerst musste Uranium One die gesamte amerikanische Regierung dazu bringen, dem Deal zuzustimmen.

Die Kraft, Nein zu sagen

Als ein von der chinesischen Regierung kontrolliertes Unternehmen im Jahre 2009 einen 51-prozentigen Anteil an einem winzigen Goldminenbetrieb in Nevada ersuchte, löste es in Washington einen Überprüfungsprozess aus, in dem sich die Behörden vor allem wegen der Nähe zu einer Militäranlage, aber auch wegen der Militäroperation sowie dem Potenzial für Mineralien am Standort, einschließlich Uran, gegen eine chinesische Kontrolle aussprachen. Die Beamten untersagten später den Deal.

Dies sind Beispiele für die Befugnisse des Ausschusses für ausländische Investitionen in den Vereinigten Staaten. Der Ausschuss besteht aus einigen der mächtigsten Mitglieder des Kabinetts, darunter dem Generalstaatsanwalt, die Leiter des Finanzministeriums, Verteidigung, Heimatschutz, Handel und Energie, und der Außenminister. Sie sind damit beauftragt, jedes Geschäft zu überprüfen, das zu einer ausländischen Kontrolle über ein amerikanisches Unternehmen oder Vermögen führen könnte, das für die nationale Sicherheit als wichtig erachtet wird.

Das Problem der nationalen Sicherheit, das auf dem Spiel wegen Uranium One stand, war nicht primär das der Verbreitung von Atomwaffen; die Vereinigten Staaten und Russland hatten jahrelang an dieser Front zusammengearbeitet, wobei Russland angereicherten Brennstoff aus stillgelegten Sprengköpfen sandte, die im Gegenzug für Uran in amerikanischen Atomkraftwerken verwendet werden sollten.

Stattdessen betraf es die amerikanische Abhängigkeit von ausländischen Uranquellen. Während die Vereinigten Staaten ein Fünftel ihrer elektrischen Energie aus Kernkraftwerken beziehen, produziert sie nur etwa 20 Prozent des benötigten Urans, und die meisten Anlagen haben nur 18 bis 36 Monate Reserven, so Marin Katusa, Autor von „The Colder War: Wie der globale Energiehandel aus Amerikas Griff entkam.“

„Die Russen gewinnen leicht den Urankrieg, und niemand spricht darüber“, sagte Herr Katusa, der die Auswirkungen des Uranium-One-Abkommens in seinem Buch untersucht. „Es ist nicht nur ein innenpolitisches, sondern auch ein außenpolitisches Problem.“

Als ARMZ, ein Arm von Rosatom, im Jahr 2009 seinen ersten 17-prozentigen Anteil an Uranium One übernahm, unterzeichneten die beiden Parteien eine Vereinbarung, die in den Einreichungen von Wertpapieren gefunden wurde, um die Überprüfung des Ausschusses für ausländische Investitionen zu ersuchen. Aber es war der Deal von 2010, der den Russen einen kontrollierenden Anteil von 51 Prozent einbrachte und die Alarmglocken läuten ließ. Vier Mitglieder des Repräsentantenhauses unterzeichneten ein Schreiben, in dem sie ihre Besorgnis zum Ausdruck brachten. Zwei weitere begannen, auf Gesetze zu drängen, um den Deal zu verhindern. Senator John Barrasso, ein Republikaner aus Wyoming, in dem Uranium One die größte amerikanische Operation war, schrieb an Präsident Obama und sagte, dass die Vereinbarung „der russischen Regierung die Kontrolle über einen beträchtlichen Teil der amerikanischen Uranproduktionskapazität geben würde“. Barrasso fügte hinzu: „Dieser Verkauf gibt ARMZ einen bedeutenden Anteil an Uranminen in Kasachstan.“

Die Aktionäre von Uranium One seien ebenfalls alarmiert und hätten „Angst vor Rosatom als russischem Staatsgiganten“, so Sergei Novikov, ein Unternehmenssprecher, in einem Interview. Er sagte, dass Rosatoms Chef Kiriyenko versuche, die Investoren von Uranium One zu beruhigen und versprach, dass Rosatom das Unternehmen nicht aufbrechen, und das gleiche Management, einschließlich Herrn Telfer als Vorsitzenden, beibehalten würde. Ein anderer Rosatom-Offizieller erklärte öffentlich, dass man nicht beabsichtige, die Investitionen um mehr als 51 Prozent zu erhöhen, und dass er sich vorstelle, Uranium One als Aktiengesellschaft zu belassen.

Auch amerikanische Atombehörden schienen die Ängste besänftigen zu wollen. Die Nuklear-Regulierungs-Kommission schrieb an Herrn Barrasso und versicherte ihm, dass amerikanisches Uran für den eigenen Gebrauch behalten werden würde, unabhängig davon, wem es gehöre.

„Um Uran aus den Vereinigten Staaten zu exportieren, müsste Uranium One Inc. oder ARMZ eine spezifische NRC-Lizenz beantragen und erhalten, die den Export von Uran zur Verwendung als Reaktorbrennstoff erlaubt“, hieß es in dem Schreiben.

Die letzte Autorität, die russische Übernahme zu billigen oder abzulehnen, beruhte auf den Kabinettsmitgliedern des Ausschusses für ausländisches Investment,

einschließlich Hillary Clinton - und deren Ehemann Bill derweil Millionen-Spenden von mit Uranium One verbundenen Personen sammelte.

Nicht bekanntgegebene Spenden

Bevor Hillary Clinton ihren Posten als Außenministerin übernehmen konnte, verlangte das Weiße Haus, dass sie eine Absichtserklärung unterzeichnet, welches die Aktivitäten der Stiftung ihres Mannes einschränken sollte. Um die Wahrnehmung von Interessenkonflikten zu vermeiden, sollte die Stiftung über das Verbot ausländischer Spenden hinaus alle Mitwirkenden offenlegen.

Die daraus resultierenden Offenlegungen der Spenden - die die Beiträge lediglich in Bandbreiten, anstatt in genau definierten Beträgen auflisten - geben lediglich darüber Auskunft, dass der einzige Uranium One-Offizielle, der der Clinton-Stiftung Spenden zur Verfügung gestellt hatte, Ian Telfer, der Vorsitzende, war, und dass der Betrag relativ klein war: nicht mehr als 250.000 Dollar und im Jahre 2007, bevor Informationen über einen Rosatom-Deal durchzusickern begannen.

Doch eine Überprüfung der Steuerregister in Kanada zeigt, dass Herr Telfer eine Familienstiftung namens Fernwood Foundation besaß, und dass er über diese Millionen Dollar mehr an die Clintons spendete, dies während und nach der kritischen Zeit, als man im Ausschuss für ausländische Investitionen den Deal mit den Russen überprüfte. Durch die Russen, die zudem eine Sonderdividende anboten, konnten Aktionäre wie Ian Telfer weiter profitieren.

Seine Spenden über die Fernwood Foundation beziffern sich auf \$1 Million, die im Jahr 2009 gemeldet wurden, dem Jahr, in dem seine Firma an die amerikanische Botschaft appellierte, zu helfen, um die Minen in Kasachstan zu behalten; 250.000 US-Dollar im Jahr 2010, dem Jahr, in dem die Russen eine Aktienmehrheit anstrebten; und zusätzlich \$600.000 im Jahr 2011 und \$500.000 im Jahr 2012. Herr Telfer sagte, dass seine Spenden nichts mit seinen Geschäftsbeziehungen zu tun hätten, und dass er nie mit den Clintons über Uranium One gesprochen habe. Er sagte, er habe das Geld gegeben, weil er Frank Giustra's wohlthätige Bemühungen mit Bill Clinton unterstützen wollte. „Frank und ich sind seit fast 20 Jahren Freunde und Geschäftspartner“, sagte er.

Die Clinton-Kampagne überließ es der Stiftung, Fragen zu den Fernwood-Spenden zu beantworten. Die Stiftung hat diesbezüglich keine Antwort gegeben.

Zu den nicht offen gelegten Spenden von Herrn Telfer kamen zusätzlich zwischen \$1,3 Millionen und \$5,6 Millionen an Beiträgen, die von Personen mit Verbindungen zu Uranium One oder UrAsia getätigt wurden, dem Unternehmen, das ursprünglich

das wertvollste Gut von Uranium One erwarb: die kasachischen Minen. Ohne diese Vermögenswerte hätten die Russen kein Interesse an dem Deal gehabt: „Es war nicht das Ziel, die Wyoming-Minen zu kaufen. Ziel war es, die kasachischen Vermögenswerte zu erwerben, die sehr wertvoll sind“, sagte der Sprecher von Rosatom, Novikov, in einem Interview. Inmitten dieses Zustroms von mit Uran verbundenem Geld wurde Clinton im Juni 2010 nach Moskau eingeladen. Im selben Monat schloss Rosatom sein Angebot für eine Mehrheitsbeteiligung an Uranium One ab.

Die 500.000 US-Dollar Einkünfte für Bill Clinton's Vortrag dort - mit die höchsten Vortrags- Einnahmen für Bill Clinton - wurden von der Renaissance Capital Bank bezahlt, einer russischen Investmentbank mit Verbindungen zum Kreml, die führende Politiker der Welt, darunter Tony Blair, den ehemaligen britischen Premierminister, zu seinen Investorenkonferenzen einlud. Die Analysten von Renaissance Capital bewerteten die Aktie von Uranium One mit einem Kauf-Rating und erklärten in einem Bericht von Juli 2010, dass es „das beste Spiel“ auf den Uranmärkten sei. Darüber hinaus wurde Renaissance Capital im selben Jahr zusammen mit Herrn Giustra und mehreren mit Uranium One oder UrAsia verbundenen Unternehmen Hauptspender bei einer kleinen medizinischen Wohltätigkeitsorganisation in Colorado, die von einem Freund von Frank Giustra geführt wurde. In einem Newsletter an die Unterstützer schrieb der Freund von Herrn Giustra diese Spendenhilfe von „Unternehmen auf der ganzen Welt“ zu.

Renaissance Capital wollte weder das Arrangement von Clintons Rede vor einem Publikum, das führende russische Beamte umfasste, noch darüber, ob es mit dem Rosatom-Deal verbunden war, kommentieren. Laut einem Nachrichtendienst der russischen Regierung bedankte sich Vladimir Putin persönlich bei Bill Clinton für dessen Vortrag.

Eine Person mit genauerer Kenntnis der Spendenaktionen der Clinton-Stiftung, und die um Anonymität bat, sagte, dass die Hoffnung bestünde, dass Geld tatsächlich Einfluss gewinnt: „Warum denkst du, dass sie es tun - weil sie sie lieben ?“. Aber ob sie solchen Einfluss dann auch tatsächlich erhalten, sei eine andere Frage. Und in diesem Fall gab es einen größeren geopolitischen Druck, der wahrscheinlich in dem Moment ins Spiel kam, als die Vereinigten Staaten überlegten, ob sie den Deal zwischen Rosatom und Uranium One billigen sollten.

Diplomatische Überlegungen

Da die Geschäfte mit Rosatom nicht nur für die Mitglieder von Uranium One gut waren, war das Engagement für Russland auch eine Priorität der Obama-

Regierung, die auf eine neue Ära der Zusammenarbeit hoffte, da Putin, wenn auch nur für eine Amtszeit, die Präsidentschaft aufgab - an Dmitri A. Medwedew.

„Wir gingen davon aus, dass wir Russland in die Lage versetzen könnten, weitere nationale Interessen der USA im Bereich der nationalen Sicherheit zu stärken“, sagte der frühere Botschafter McFaul. Es hatte gut begonnen. Die beiden Länder erzielten Fortschritte in Fragen der nuklearen Proliferation, und erweiterten die Nutzung russischen Territoriums zur Versorgung amerikanischer Truppen in Afghanistan. Den Iran davon abzuhalten, eine Atomwaffe zu erhalten, gehörte zu den obersten Prioritäten der USA, und im Juni 2010 unterzeichnete Russland eine Resolution der Vereinten Nationen, die diesem Land neue Sanktionen auferlegen sollten.

Zwei Monate später wurde die Vereinbarung, mit der ARMZ eine Mehrheitsbeteiligung an Uranium One erhielt, dem Ausschuss für ausländische Investitionen in den Vereinigten Staaten (CFIUS) zur Überprüfung vorgelegt. Aufgrund der Geheimhaltung des Prozesses ist es schwer zu sagen, ob die Teilnehmer den Wunsch nach Verbesserung der bilateralen Beziehungen gegen die potenziellen Risiken der Kontrolle der russischen Regierung über den größten Uranproduzenten in den Vereinigten Staaten abgewogen haben. Der Deal wurde schließlich im Oktober genehmigt, zwei Personen, die an der Genehmigung beteiligt waren, sagten, es sei ein relativ reibungsloser Prozess gewesen.

Nicht alle Entscheidungen des Ausschusses werden von den Leitern der Behörden selbst diskutiert. In weniger umstrittenen Fällen können stellvertretende Sekretäre unterschreiben. Doch Experten und ehemalige Ausschussmitglieder bestätigen, dass Russlands Interesse an Uranium One und dessen amerikanischen Uranreserven die Aufmerksamkeit auf höchster Ebene verdiente.

„Dieser Deal hatte Aufmerksamkeit in der Presse erzeugt, es hatte die Aufmerksamkeit des Kongresses erlangt, und es war strategisch wichtig“, sagte Richard Russell, der im CFIUS- Ausschuss während der George W. Bush Administration diente. „Als ich dort war, würde immer eine dieser Bedingungen dazu führen, dass die Priorität nach oben erhöht wird, und hier hat man alle drei.“

Frau Clinton brachte dem Prozess eine gewisse Verlogenheit ein. Als Senatorin war sie zunächst eine lautstarke Kritikerin zur Zustimmung des Komitees zu einem Abkommen, das die Verwaltung der großen amerikanischen Seehäfen an ein Unternehmen mit Sitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten übertragen hätte. Als Präsidentschaftskandidat hatte sie jedoch eine Gesetzgebung zur Stärkung dieser Übernahme befürwortet.

Der Sprecher der Clinton-Kampagne, Herr Fallon, sagte, dass diese Angelegenheiten im Allgemeinen nicht auf die Ebene der Außenministerin stiegen. Er wollte nicht sagen, ob Frau Clinton in dieser Sache unterrichtet wurde, aber er gab der New York Times eine Erklärung des ehemaligen stellvertretenden Sekretär Jose Fernandez, der damals dem ausländischen Investment-Komitee zugeteilt war. Während Herr Fernandez nicht auf die Besonderheiten des Uranium-One-Abkommens einging, sagte er: „Frau Clinton intervenierte nie mit mir in irgendeiner CFIUS Angelegenheit.“

Herr Fallon merkte auch an, dass, wenn irgendeine Agentur nationale Sicherheitsbedenken bezüglich des Uranium One-Abkommens aufgeworfen hätte, sie diese direkt zum Präsidenten hätte bringen können.

Anne-Marie Slaughter, die damalige Direktorin des US-Außenministeriums, sagte, sie sei sich der Transaktion nicht bewusst - oder inwieweit sie Russland zu einem dominierenden Uranlieferanten gemacht habe. Aber ganz allgemein gesprochen mahnte sie zur Vorsicht bei Beurteilungen im Nachhinein. „Russland war kein Land, das wir damals leichtfertig nahmen, oder bei dem kuschlige Gedanken aufkamen“, sagte sie. „Aber es war auch nicht der Widersacher, der er heute ist.“

Dieses kontradiktorische Verhältnis hat Bedenken hinsichtlich der Abhängigkeit Europas von russischen Energieressourcen, einschließlich Kernenergie, hervorgerufen. Das Unbehagen reicht über diplomatische Kreise hinaus.

In Wyoming, wo Uranium One-Geräte auf seiner 35.000 Hektar großen Ranch verstreut sind, ist John Christensen frustriert, dass wiederholte Veränderungen der Eigentumsverhältnisse im Laufe der Jahre zu französischer, südafrikanischer, kanadischer, und schließlich russischer Kontrolle über die Abbaurechte auf seinem Grundstück führten.

„Ich hasse es zu sehen, dass eine ausländische Regierung in den Vereinigten Staaten Minenrechte besitzt“, sagte er. „Ich denke nicht, dass so etwas passieren sollte.“

Herr Christensen, 65, merkte an, dass trotz der Zusicherungen der Nuklearen-Regulierungs-Kommission, welche besagte, dass Uran nicht das Land verlassen könne ohne dass Uranium One oder ARMZ eine Exportlizenz erhielten - was offiziell nie geschah -, angereichertes Uran von seinem Grundstück regelmäßig in Trommeln verpackt, und zu einer Verarbeitungsanlage nach Kanada abtransportiert wurde.

Die Regulierungs-Kommission bestätigte auf Anfrage, dass Uranium One tatsächlich Yellowcake nach Kanada geliefert hat, obwohl es keine Exportlizenz

hatte. Eine solche besaß stattdessen das Transportunternehmen RSB Logistic Services.

Ein Kommissionssprecher sagte, dass „nach bestem Wissen“ das meiste Uran, das zur Verarbeitung nach Kanada geschickt wurde, zur Verwendung in den Vereinigten Staaten zurückgegeben wurde. Eine Sprecherin von Uranium One, Donna Wichers, sagte, 25 Prozent seien nach Westeuropa und Japan gegangen. Derzeit, während sich der Uranmarkt in einem Abschwung befinde, werde nichts aus den Wyoming-Minen abtransportiert.

Das Export-Verbot-Versprechen, das zum Zeitpunkt des Rosatom-Vertrags gegeben wurde, ist nicht das einzige, das gebrochen wurde. Trotz gegenteiliger Zusicherungen wurde Uranium One von der Toronto Stock Exchange genommen, und in ein Privatunternehmen umgewandelt. Seit 2013 besitzt die Rosatom-Tochter ARMZ 100 Prozent davon.